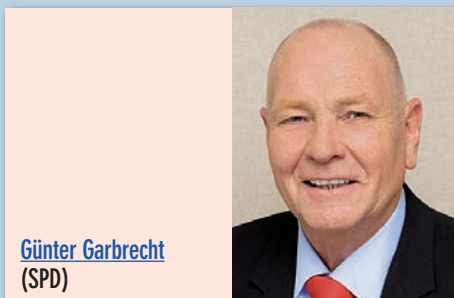




„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Menschen sollen künftig so lange wie möglich zu Hause leben können.

Eine entsprechende Ausgestaltung des jeweiligen Wohnquartiers ...

... ist angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen Steigerung der Pflegedürftigkeit unverzichtbar. Dies ist eine Aufgabe vieler Politikfelder: Stadtentwicklung-, Wohnungsbau- und Sozialpolitik müssen hier Hand in Hand arbeiten. Nur so kann Heimat im Quartier für alle Generationen gelingen.

... fordert die Kreativität der Familien, der Politik und unserer gesamten Gesellschaft. Wir können den demografischen Wandel nicht aufhalten und dürfen uns deshalb keine Denkverbote bei der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen auferlegen. Die Idee von Wohnquartieren wird niemals Familienstrukturen ersetzen können, aber vielleicht eine lebenswerte Alternative zu Heimunterbringungen darstellen.

Die Rolle der Familie in der Pflege ...

... ist groß und für deren Erhalt müssen wir uns einsetzen. Pflegende Angehörige zu unterstützen, ist eine vorrangige Aufgabe. Das beschlossene Familienpflegezeitgesetz ist dabei eine wichtige Hilfe, denn die Familie ist das größte Pflegeunternehmen Deutschlands. Besonders wichtig sind ausreichende Angebote der Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeitpflege.

... muss sich den veränderten Gesellschaftsstrukturen anpassen. Männer und Frauen werden gleichermaßen als Arbeitskräfte gebraucht und können Pflegeleistungen nur noch partiell wahrnehmen. Trotzdem sollte die Familie die Stütze und der Halt für pflegebedürftige Menschen bleiben und in dieser Rolle größtmögliche Unterstützung aus der Politik und der Gesellschaft bekommen.

Für die Kommunen bedeutet der lokal ausgerichtete Ansatz ...

... eine große Chance der Gestaltung der pflegerischen Versorgungslandschaft. Eigene Häuslichkeit kann durch gezieltes Handeln vor Ort bewahrt werden. Mehr Daheim statt Heim wird nur umgesetzt, wenn Kommunalpolitik, Pflegekassen, Träger und Wohnungsunternehmen an einem Strang ziehen. Scheinbar leichter ist das Errichten von stationären Einrichtungen. Sie sind aber teurer und nicht gewollt von den Menschen.

... die Möglichkeit von Planungen angepasst an die örtlichen Strukturen und Bedürfnisse. Diese können im ländlichen und städtischen Bereich sehr unterschiedlich sein. Berücksichtigt werden können auch die effektiven Bedarfe, die in den einzelnen Regionen bestehen.

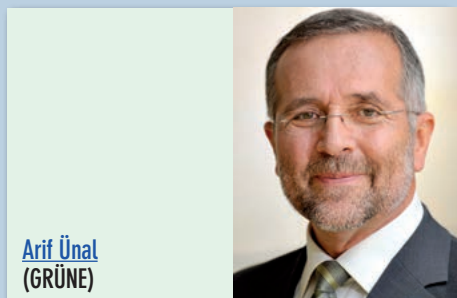
Das ergänzende Angebot an stationären Pflegeeinrichtungen ...

... wird immer notwendig sein. Wir brauchen alle Segmente der pflegerischen Versorgung. Auch die stationären Einrichtungen werden sich wandeln müssen, sie müssen sich ins Quartier öffnen. Der sozialpolitische Grundsatz heißt „ambulant vor stationär“. Diesem tragen wir Rechnung, wandeln ihn aber nicht in „ambulant statt stationär“ ab. Die individuellen Bedürfnisse der Menschen sollten das Maß der Dinge sein.

... muss an die Bedarfslagen der Städte und Kommunen angepasst werden. Zudem müssen der Erhalt der bestehenden Platzkapazitäten gesichert und die Qualität der stationären Pflegeplätze gewährleistet sein. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, bei Pflegebedürftigkeit sowohl stationär als auch ambulant versorgt zu sein.



Diesmal zum neuen Ansatz des Zusammenlebens.

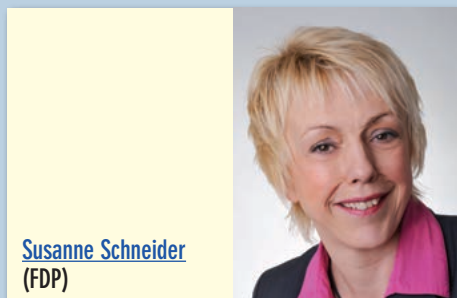


... ist deshalb notwendig, denn die meisten Menschen wollen ihr Leben bis ins hohe Alter in der vertrauten Umgebung verbringen. Dazu brauchen wir Quartierskonzepte, die ein Wohnen im Alter und die gesellschaftliche Teilhabe quartiersnah ermöglichen. Dabei gilt es auch, durch eine Stärkung der Infrastruktur die gesundheitliche und pflegerische Versorgung im Bedarfsfall im unmittelbaren Wohnumfeld zu gewährleisten.

... hat nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung abgenommen. Auch deshalb setzen wir uns für den Ausbau ambulanter Wohn- und Pflegeangebote im Quartier ein. Unterschiedliche Lebensstile, kulturelle Vielfalt und unterschiedliche sexuelle Orientierungen der Menschen erfordern differenzierte Wohn-, Pflege- und Unterstützungsarrangements sowie neue Solidar- und Hilfsformen.

... auch einen Paradigmenwechsel weg von traditionellen Großeinrichtungen hin zu ambulanten Wohn- und Pflegearrangements in den Quartieren, die eine Versorgungssicherheit bieten. Zudem ist für einen Verbleib im Quartier auch die Sicherung der Nahversorgung von großer Bedeutung. Wichtig sind hier Geschäfte, Dienstleistungen für den alltäglichen und hausnahen Bedarf, die Gesundheitsversorgung und soziale Angebote.

... wird sich verändern. Viele Heime müssen zeitgemäß modernisiert und zum Quartier hin geöffnet werden. Ihr Angebot kann in Kooperation mit den anderen Akteuren vor Ort eine Stärkung der Quartiere bewirken. Es ist so zeitgemäß wie notwendig, wenn sich die Großeinrichtungen schrittweise umgestalten hin zu überschaubaren Hausgemeinschaften, die den Bewohnerinnen und Bewohnern ein selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen.



... ist eine ambitionierte Aufgabe. Wohnen und ambulante Pflegedienstleistungen in unmittelbarer Nachbarschaft sind erstrebenswert. Daher klingt das Wort „Pflege-WG“ erst mal verlockend. Ein 90-jähriger Patient mit einem schweren Schlaganfall profitiert hiervon jedoch sicher nicht. Man muss daher genau hinschauen, für wen es geeignet ist.

... ist durch nichts zu ersetzen. Familien sind bei einem Pflegefall besonders starken Belastungen ausgesetzt. Viele pflegende Angehörige sind körperlich und seelisch überlastet. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen mehr gezielte Beratung – möglichst bei sich zu Hause –, fachliche Informationen, auch was die finanziellen und rechtlichen Belange betrifft.

... eine große Herausforderung, denn die Pflege muss an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden. Das ist schwierig, weil der Anteil der Menschen mit Pflegebedarf in den Kommunen sowie deren Bedürfnisse nicht zwangsläufig bekannt sind. Damit die Planung funktioniert, sind daher detaillierte Informationen notwendig. Zudem müssen die Menschen in den Städten und Gemeinden bei den Planungen mitgenommen werden.

... ist nicht zielführend. Stationäre Einrichtungen müssen ein gleichberechtigter Partner bleiben. Liberal heißt hier, die Freiheit zu haben, sich für eine Pflegeform zu entscheiden. Ob zu Hause, in Pflege-WGs oder im Pflegeheim – für jeden individuellen Fall die ideale Pflege und der optimale Pflegeort, das muss unser Anspruch sein.



... muss in erster Linie auf Menschen bauen, die aufgrund einer fundierten Berufsausbildung in der Lage sind, pflegebedürftigen und häufig orientierungsschwachen Menschen die Unterstützung geben zu können, die sie für einen würdigen Alltag benötigen. Allein die baulichen Voraussetzungen zu verbessern, ist nicht ausreichend.

... darf bei den neuen Konzepten zur Verwirklichung von seniorengerechten Wohnquartieren auf keinen Fall im Vordergrund stehen. Die Familie ist schon heute überbelastet und kann eine Dauerversorgung bei Pflegebedürftigkeit oft nicht gewährleisten. Die Entlastung der Familie muss ein wesentlicher Bestandteil der neuen Konzepte sein.

... zum einen Freiheit und individuelle Planungsmöglichkeiten, aber zum anderen auch eine große Verantwortung. Dieser gerecht zu werden, wird für die Kommunen mit immensen finanziellen Belastungen verbunden sein. Die Kommunen werden diese Aufgabe nicht meistern können, wenn sie vom Land NRW im Stich gelassen werden.

... muss weiter ausgebaut werden, da immer mehr Menschen intensiv gepflegt werden müssen. Auch zukünftig wird es nicht möglich sein, viele schwerstpflegebedürftige Menschen in einem häuslichen Umfeld ihren Bedürfnissen entsprechend zu pflegen und zu versorgen, da dazu oft eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch eine Fachkraft notwendig ist.